

80. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz

18.Jänner 1956

426/J

Anfrage

der Abg. Kandutsch, Ebenbichler und Genossen
 an den Bundesminister für Justiz,
 betreffend Massnahmen zur Verhinderung der Überschuldung durch Ratenverpflichtungen.

-.-,-,-,-,-,-

In einer Anfragebeantwortung (318/AB) hat der Bundesminister für Handel und Wiederaufbau zum selben Thema die Anregung der interpellierenden Abgeordneten, die Überschuldung der Bevölkerung durch Ratenverpflichtungen im Rahmen einer Enquête zu erörtern, begrüßt. Auf dieser Enquête wären von den Interessenvertretern der einzelnen Berufsstände und der politischen Parteien Vorschläge zur Diskussion zu bringen, die geeignet sind, der drohenden Überschuldung der Bevölkerung zu begegnen. Da die zunächst in Betracht kommenden Massnahmen handels- und exekutionsrechtlicher Natur sein würden, vertrat der Herr Bundesminister für Handel und Wiederaufbau die Auffassung, dass eine derartige Enquête vom Herrn Bundesminister für Justiz einzuberufen sei, der dann die beteiligten Ressorts zuzuziehen hätte.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an den Herrn Bundesminister für Justiz die

Anfrage:

Ist der Herr Bundesminister bereit, die Frage, in welcher Form einer drohenden Überschuldung der Bevölkerung durch Ratengeschäfte legistisch begegnet werden kann, im Rahmen einer Enquête zu prüfen und eine derartige Enquête baldigst einzuberufen?

-.-,-,-,-,-,-,-